

Antrag 274/I/2025**Forum Netzpolitik****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Suchtprävention durch Design-Regulierung**

1 Wir fordern die SPD-Mitglieder der Bundesregierung, im
 2 Bundestag und im europäischen Parlament auf, sich in
 3 der EU für verbindliche Designregeln für Social-Media-
 4 Plattformen einzusetzen.

5

6 Folgende Designprinzipien könnten zum Beispiel in der
 7 Unfair Commercial Practices Directive (2005/29/EG) euro-
 8 parechtlich geregelt werden:

- 9 • Verbot von Autoplay-Funktionen und endlosem
 10 Scrollen („Infinite Scroll“)
- 11 • Verpflichtende Transparenz für Nutzende über die
 12 Funktionsweise ihrer Empfehlungsalgorithmen
- 13 • Einführung von pop-up Zeitlimits per Default
- 14 • Gestaltung der Startseite ohne algorithmisch opti-
 15 mierte Empfehlungen (z. B. Beiträge von abonniert-
 16 ten Kontakten)
- 17 • Verfügbarkeit eines „Boring Modes“ als weniger
 18 aufmerksamkeitsintensive, optional aktivierbare
 19 Version

20

21

Begründung

23 Zahlreiche Studien zeigen eine besorgniserregende Kor-
 24 relation zwischen exzessiver Social-Media-Nutzung und
 25 psychischer Belastung – insbesondere bei Jugendlichen,
 26 aber längst nicht nur dort. Dennoch ist der aktuelle Ansatz
 27 in Ländern wie Australien, Social Media ab 16 zu verbieten
 28 und durch verpflichtende Altersverifikation zu regulieren,
 29 der falsche Weg.

30

31 Erstens geht das Problem über Jugendliche hinaus: Auch
 32 Erwachsene leiden unter suchtverstärkenden Plattform-
 33 designs, werden abgelenkter, emotional instabiler und
 34 verlieren Zeit. Altersverifikation schützt sie nicht. Zwei-
 35 tens würde eine Ausweispflicht online das Recht auf An-
 36 onymität im digitalen Raum massiv einschränken. Zumal
 37 eine verpflichtende Identifikation mit dem Personalaus-
 38 weis mit erheblichen Risiken für Datenschutz und An-
 39 onymität im Netz verbunden ist. Sie schafft neue An-
 40 griffspunkte für Missbrauch sensibler Daten und gefähr-
 41 det Meinungsfreiheit. Drittens ist die Wirksamkeit solcher
 42 Maßnahmen zweifelhaft: Technische Umgehungen durch
 43 Kinder und Jugendliche sind realistisch, wie Erfahrungen
 44 mit Computerspielverboten für Jugendliche in Südkorea
 45 zeigen.

46

47 Die soziale Spaltung in „drinnen“ und „draußen“ ver-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme und Überweisung S&D (Konsens)**

48 schärft sich, ohne die strukturellen Ursachen zu adressie-
49 ren. Die Eingriffe stehen so in keinem Verhältnis zum Nut-
50 zen. Stattdessen sollten Social-Media-Plattformen in die
51 Pflicht genommen werden, ihre Dienste so zu gestalten,
52 dass sie nicht systematisch auf maximale Nutzungsdauer
53 und Aufmerksamkeit optimiert sind. Ein solcher „Design-
54 Ansatz“ stärkt den Jugend- und Gesundheitsschutz, oh-
55 ne Freiheitsrechte übermäßig einzuschränken. Er schützt
56 nicht nur Kinder, sondern die gesamte Gesellschaft – und
57 macht die digitale Öffentlichkeit fairer und gesünder.